

# Infoblatt des Diözesanverbandes Bamberg e.V.



Ausgabe 1/2017

## DREIFACH CHRISTLICH. EINFACH MENSCHLICH.



### Gut, wenn sich drei für Sie stark machen

Die KAB, das Kolpingwerk und der BVEA geben der christlichen Sozialethik in Politik und Gesellschaft Gehör und Geltung. Wir verdreifachen Ihre Stimme für mehr Solidarität und Gerechtigkeit in den gesetzlichen Sozialversicherungen.

### Gut, wenn Sie mitentscheiden

Vom 10. April bis 31. Mai 2017 ist Sozialwahl – Deutschlands drittgrößte Wahl nach den Europawahlen und den Wahlen zum Bundestag. Ausnahme bei dieser Sozialwahl ist die Barmer, die auf Grund der Fusion mit der Deutschen BKK erst Anfang Oktober wählt.

Rund 50 Millionen Versicherte der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, Renten- und Unfallversicherung wählen ihre Vertreter/-innen in die Gremien der Sozialversicherungsträger. Sechs Jahre lang bestimmen sie dort in der Selbstverwaltung – politisch unabhängig und ehrenamtlich – im Sinne der Versicherten bei

allen wichtigen Entscheidungen mit, beispielsweise wenn es darum geht, Ihre Versicherungsbeiträge wirtschaftlich einzusetzen. Fördern Sie mit uns aktiv Solidarität und Gerechtigkeit in den Selbstverwaltungen der gesetzlichen Sozialversicherungen.

### Sozialwahl, so geht's:

Die Sozialwahl ist eine Briefwahl. Wahlberechtigt sind grundsätzlich alle gesetzlich Versicherten, die am 1. Januar 2017 das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben.

Im April, rechtzeitig zum Wahltermin, werden die Wahlunterlagen verschickt. Ihnen liegt ein roter Rückumschlag bei. Er ist fertig adressiert und kann mit dem angekreuzten Wahlzettel darin ganz einfach – und für Sie kostenlos – in den nächsten Briefkasten geworfen werden.

Senden Sie den Wahlbrief rechtzeitig ab – um sicher zu sein, dass Ihre Stimme zählt. Spätestens am 26. Mai 2017.

Aktuell informiert: [www.aca-online.de](http://www.aca-online.de).

Sozialwahl 2017 Für Rente & Gesundheit 15.4. bis 31.5.2017

**Gut, wenn sich drei für Sie stark machen.**

Die KAB, das Kolpingwerk und der BVEA geben der christlichen Sozialethik in Politik und Gesellschaft Gehör und Geltung. Wir verdreifachen Ihre Stimme für mehr Solidarität und Gerechtigkeit in den gesetzlichen Sozialversicherungen.

[www.aca-online.de](http://www.aca-online.de)

**JETZT WÄHLEN!**  
DREIFACH CHRISTLICH. EINFACH MENSCHLICH.

Verband in der ACA – Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen  
**KOLPING**  
KOLPINGWERK DEUTSCHLAND

**BVEA**  
KATHOLISCHE ARBEITNEHMER-BEWEGUNG



## Wahlprogramm der ACA für 2017

Die Selbstverwaltung sichert die Eigenständigkeit der Sozialversicherungsträger gegenüber der Politik und gibt die Möglichkeit zur Selbstbestimmung und Beteiligung. Die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane entscheiden zum Beispiel in den wichtigen Bereichen Finanzen, Ausgestaltung von Leistungen, Organisation und Personal. Sie stellen den Haushalt auf, prüfen die Ausgaben der Sozialversicherungsträger und nehmen so wichtige Kontrollfunktionen wahr.

Die Selbstverwaltung setzt sich direkt für die Versicherten ein, zum Beispiel durch kostenlose Beratung durch ehrenamtliche Versichertenberater/-innen und die Arbeit in den Widerspruchsausschüssen. Die Selbstverwaltung ist damit ein wichtiges Bindeglied zwischen Versicherten und den Verwaltungen der Sozialversicherungsträger.

### Eine starke Selbstverwaltung ist unser Ziel

Die ACA setzt sich für eine breite Beteiligung bei der Zukunftsgestaltung der sozialen Sicherungssysteme und die konkrete Mitgestaltung in der sozialen Selbstverwaltung ein.

Die Akzeptanz der sozialen Sicherungssysteme steht in einem engen Zusammenhang mit ihrem Selbstbestimmungsrecht. Diese kann nur durch einen Ausbau der Entscheidungs- und Gestaltungskompetenz erhöht werden. Die ACA

setzt sich für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in den Selbstverwaltungsorganen ein. Frauen sind entsprechend dem Geschlechterverhältnis der Versicherten bei der Listenaufstellung zu berücksichtigen.

Die ACA fordert bessere Freistellungsmöglichkeiten für die ehrenamtlichen Mandatsträger/-innen. Angebote der Qualifizierung und Weiterbildung sind auszubauen.

### Gut, wenn Ihr Ruhestand gesichert ist

Wir machen uns stark für eine gute Rente, die Freiräume eröffnet, und gegen Altersarmut – gerade von Frauen.

### Rentenversicherung

Die steigende Altersarmut ist auch zukünftig eine der zentralen Herausforderungen unserer Gesellschaft. Das Risiko der Altersarmut trifft insbesondere Personengruppen wie Lang-

zeitarbeitslose, Erwerbsgeminderte, Erwerbstätige in prekären Beschäftigungsverhältnissen und Menschen, die wegen Kindererziehung und/oder Pflege langfristig auf Erwerbsarbeit verzichten oder diese reduzieren. Die fachliche Beratung der Selbstverwaltung ist zu stärken. Zur umlagefinanzierten, solidarischen und leistungsbezogenen gesetzlichen Rentenversicherung gibt es keine Alternative.

### Wir fordern:

- Durch den Aufbau einer Sockelrente wird die Existenzsicherung im Alter gewährleistet und Armut verhindert.
- Die Rente muss im Alter die Lebensleistung der Menschen widerspiegeln.
- Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung ist weiter auszubauen und aus Steuermitteln zu finanzieren.

Sozialwahl 2017 15.4. bis 31.5.2017  
 Für Rente & Generationen

**Gut, wenn Ihr Ruhestand gesichert ist.**

Wir machen uns stark für eine gute Rente, die Freiräume eröffnet, und gegen Altersarmut – gerade von Frauen.  
[www.aca-online.de](http://www.aca-online.de)

**JETZT WÄHLEN!**  
 DREIFACH CHRISTLICH. EINFACH MENSCHLICH.

Wahlrat in der ACA – Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen  
 KOLPING KOLPINGWERK DEUTSCHLAND  
 EVANGELISCHE KIRCHEN IN DEUTSCHLAND  
 KATHOLISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND

- Die rentenrechtliche Absicherung von familiär und ehrenamtlich tätigen Pflegepersonen muss verbessert werden, auch Pflegepersonen im Rentenalter sind einzubeziehen.
- Die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung unter Einbeziehung aller Erwerbstätigen weiterentwickelt werden.
- Das Leistungsniveau der Erwerbsminderungsrenten ist qualifiziert anzuheben.
- Bei der Festlegung des Beitragssatzes und der Mindest- und Höchstgrenzen der Nachhaltigkeitsrücklage muss die Selbstverwaltung beteiligt werden.
- Die Gewährung von Rehabilitationsmaßnahmen und der Umfang des Reha-Budgets müssen sich nach Bedarf und nicht nach der Kassenlage richten. Die Entscheidungskompetenz muss bei der Selbstverwaltung liegen.

#### Dafür engagieren wir uns in der Selbstverwaltung:

- Die eigenen Rehabilitationseinrichtungen der Rentenversicherungsträger sind zu erhalten. Die qualifizierten Angebote sind auszubauen, die Effizienz und die Zusammenarbeit der Einrichtungen untereinander müssen gestärkt werden.
- Qualifizierte Maßnahmen zur Prävention und Wiedereingliederung ins Erwerbsleben sind ebenso auszubauen wie die Information

Sozialwahl 2017 für Rentner & Gesundheit 15.4. bis 31.5.2017

**Gut, wenn Sie als Patient nicht machtlos sind.**

Wir kämpfen für eine optimale medizinische Versorgung – unabhängig von Einkommen, Alter und Lebenslage.  
www.aca-online.de

**JETZT WÄHLEN!**  
**DREIFACH CHRISTLICH. EINFACH MENSCHLICH.**

Verband in der ACA – Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen  
**KOLPING**  
KOLPINGWERK DEUTSCHLAND  
**KATHOLISCHE ARBEITNEHMERBEWEGUNG**  
**LIVLEA**

und Beratung. Notwendig ist eine bessere Einbindung und Vernetzung aller Leistungsanbieter und -träger im Bereich der Prävention

- und der Rehabilitation.
- Die Entscheidungskompetenz der Selbstverwaltung in den Widerspruchsausschüssen muss gestärkt werden.

#### Gut, wenn Sie als Patient nicht machtlos sind

Wir kämpfen für eine optimale medizinische Versorgung – unabhängig von Einkommen, Alter und Lebenslage.

#### Krankenversicherung

Die gesetzlichen Krankenkassen (GKV) stehen vor weiteren gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen, die es im Interesse der Versicherten und der Patienten zu bewältigen gilt. Die Zunahme chronischer Erkrankungen, der medizinisch-technische Fortschritt und die aus „Verschiebebahnhöfen“ und

politischen Entscheidungen veranlassten Mehrbelastungen zu Lasten der GKV sind Grund für weiter ansteigende Beitragsausgaben. Krankheit darf kein Armutsrisiko sein. Kranke (vor allem chronisch Kranke) sind davor zu schützen, dass der Anteil und die Höhe der Zuzahlungen und Eigenbeteiligungen stetig weiter ansteigen.

Jedem Versicherten sowie Mitversicherten (Familienangehörigen) ist jegliche medizinische Versorgung unter der Beachtung von Qualität, Wirtschaftlichkeit und Bedarfsgerechtigkeit zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit, vorrangig nach dem Sachleistungsprinzip, zu gewähren.

Es gilt weiterhin, Qualität, Effektivität und Effizienz der Kassenleistungen zu fördern, die Solidarität bei Krankheitsrisiken zu stärken und die ökonomischen Grundlagen der GKV nachhaltig zu sichern.





- in der verstärkten Wahrnehmung von Patienteninteressen, zum Beispiel in der konsequenten Fortführung des Behandlungsfehlermanagements und der Bekämpfung des Fehlverhaltens im Gesundheitswesen.

### **Gut, wenn Sie jemand auffängt**

Wir setzen uns ein für eine gesetzliche Unfallversicherung, die für alle Risiken haftet – in Ihrem Beruf.

### **Unfallversicherung**

Die gesetzliche Unfallversicherung hat sich als eine der Säulen des gesetzlichen Sozialversicherungssystems bewährt. Jede berufliche und ehrenamtliche Tätigkeit ist zwangsläufig mit gesundheitlichen Risiken verbunden. Daher wird diese Versicherung auch ausschließlich von der Arbeitgeberseite finanziert.

Als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung ist es Auftrag der Berufsgenossenschaf-

ten, ihre Versicherten mit allen geeigneten Mitteln vor den Gefahren, die in ihrer beruflichen Tätigkeit begründet sind, zu schützen.

Bei unfall- und berufsbedingten Erkrankungen ist die gesundheitliche und berufliche Leistungsfähigkeit – ebenfalls mit allen geeigneten Mitteln – wiederherzustellen. Für erlittene Nachteile werden die betroffenen Versicherten angemessen entschädigt.

### **Wir fordern:**

- Die gesetzliche Unfallversicherung darf auch aus ordnungspolitischen Gründen nicht privatisiert werden.
- Betriebliche Prävention ist vorrangig Aufgabe der gesetzlichen Unfallversicherung.
- Der Ausbau des Arbeitsschutzes unter den Gesichtspunkten einer branchenspezifischen Prävention und unter Beibehaltung des jetzigen Leistungsumfangs ist sicherzustellen.

## **Termine**

### **30. März 2017**

„Pffiffige Senioren“, BW, St. Anna, Bamberg.

### **31. März 2017**

Obertrubacher Fachtagung „Arbeit 4.0“, BW, Bildungshaus, Obertrubach.

### **2. April 2017**

Einkehrtag und Kreuzweg, KV Pegnitz, Neuhaus.

### **2. April 2017**

„Einfach glauben“, Besinnungstag, KV Bbg.-Stadt, St. Heinrich, Bamberg.

### **5. April 2017**

Monatstr., KV LI-CO-KU, Cafe Besold, Burgkunstadt.

### **6. April 2017**

Infoabend „Faszination Alpenüberquerung“, KV Bbg.-Land u. -Stadt, Pfarrheim, Hallstadt.

### **12. April 2017**

Stammtisch, KV Bbg.-Stadt, Gasthaus Sternla, Bamberg.

### **20. April 2017**

Osterbrunnenfahrt, Senioren KV Bbg.-Stadt.

### **24. April 2017**

„Pflege daheim – Wo kann ich Hilfe bekommen“, BW, Herz-Jesu, Nürnberg.

### **25. April 2017**

Info „Sozialwahlen 2017“, BW, Harmoniesäle, Bbg.



## Termine

### 26. April 2017

Stammtisch, OV Kulmbach, Filion Tavern, Kulmbach.

### 28. bis 29. April 2017

Ausbildung zur Krisenbegleiterin / zum Krisenbegleiter, 2. Modul, BW, Bildungshaus St. Otto, Bbg.

### 29. April 2017

50 Jahre KAB Hohenmirsberg, KV Pegnitz.

### 1. Mai 2017

Maikundgebungen.

### 3. Mai 2017

Monatstr., KV LI-CO-KU, Cafe Besold, Burgkunstadt.

### 3. Mai 2017

Seniorentag, KV Pegnitz.

### 4. Mai 2017

„Senioren können sich wehren – Zivalcourage lässt sich lernen“, BW, St. Anna, Bamberg.

### 6. Mai 2017

„Pflegeoase – Entspannungsmethoden für Geist und Körper“, BW, St. Heinrich, Bamberg.

### 10. Mai 2017

Stammtisch, KV Bbg.-Stadt, Gasthaus Sternla, Bamberg.

### 10. Mai 2017

Stammtischgespräch, KV KC-HO, Rothenkirchen.

- Wegeunfälle sind Bestandteil des Leistungskatalogs der gesetzlichen Unfallversicherung.

### Dafür engagieren wir uns in der Selbstverwaltung:

- Entsprechend dem Grundsatz „Rehabilitation vor Rente“ sind gezielte medizinische und berufliche Rehabilitationsleistungen anzubieten.
- Es gilt präventive Maßnahmen zu entwickeln, um psychische Belastungen und Erkrankungen der Versicherten zu vermeiden.
- Eine intensive, individuelle Betreuung der Versicherten ist durch die praxisnahe Gestaltung von Unfallverhütungsvorschriften, berufsgenossenschaftlichen Regelungen und Informationen zu erzielen.

### Gut, wenn Sie Hilfe bekommen

Wir kämpfen für eine menschliche Pflege – und für eine stärkere Unterstützung von pflegenden Angehörigen und Fachkräften.

kere Unterstützung von pflegenden Angehörigen und Fachkräften.

### Pflegeversicherung

Die Weiterentwicklung und Absicherung der Pflege ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben in einer älter werdenden Gesellschaft. Die soziale Pflegeversicherung als eigenständiger Zweig und fünfte Säule der Sozialversicherung hat sich bewährt und muss vor dem Hintergrund des steigenden Bedarfs an die aktuellen Herausforderungen angepasst und weiterentwickelt werden. Das zweite Pflegestärkungsgesetz stellt mit der Einführung eines neuen ganzheitlichen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und eines neuen Begutachtungsinstruments die soziale Pflegeversicherung auf eine neue Grundlage.

Damit ist ein wichtiger Schritt hin zur Sicherstellung einer menschenwürdigen und bedarfsgerechten Pflege für alle Pflegebedürftigen getan.

Sozialwahl 2017 Für Recht & Gerechtigkeit 15.4. bis 31.5.2017

**Gut, wenn Sie Hilfe bekommen.**

Wir kämpfen für eine menschliche Pflege – und für eine stärkere Unterstützung von pflegenden Angehörigen und Fachkräften. [www.aca-online.de](http://www.aca-online.de)

**JETZT WÄHLEN!**

DREIFACH CHRISTLICH. EINFACH MENSCHLICH.

Wesert in der ACA – Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer Organisationen

KOLPING KOLPINGWERK DEUTSCHLAND

LIVELLA

### Wir fordern:

- Um den weiteren Wertverlust in der Pflegeversicherung zu vermeiden, müssen die Leistungen insbesondere im ambulanten Bereich deutlich angehoben und jährlich regelgebunden angepasst werden.
- Die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und nicht erwerbstätigen Ehepartnern/-innen ist beizubehalten und als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus Steuermitteln zu finanzieren.
- Die solidarische Finanzierungsbasis der sozialen Pflegeversicherung muss gestärkt werden durch
  - die Einbeziehung aller Einwohner/-innen und ihrer Einkünfte in die Finanzierung,
  - die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze auf die Höhe der Bemessungsgrenze der Rentenversicherung,
  - die Beteiligung der privaten Pflegeversicherung am solidarischen Ausgleich.
- Eine kostenfreie, gleichwertige und qualitative Ausbildung der Pflegeberufe ist zu gewährleisten, die tarifliche Bezahlung aller Pflegekräfte ist zu sichern.

### Dafür engagieren wir uns in der Selbstverwaltung:

- Mitwirkung an der Umstellung der Leistungen auf den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und das neue Begutachtungsinstrument.
- Die Umsetzung des Beratungsanspruchs für pflegende Angehörige ist zu gewähr-

- leisten. Regionale trägerübergreifende und unabhängige Beratungsstellen müssen ebenso ausgebaut werden wie Angebote von qualitativen Unterstützungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.
- Die qualitative und quantitative Personalbemessung muss sich nach dem tatsächlichen Pflegebedarf richten und eine menschenwürdige Pflege und gute Arbeit in der Pflege ermöglichen. Dazu braucht es einen deutlich besseren und verbindlichen Personalschlüssel, die Fachkräftequote ist zu erhöhen.
- Das neue Bewertungssystem zur Beurteilung von Pflegeeinrichtungen muss die Ergebnisqualität von Pflege in den Vordergrund stellen.
- Pflegeeinrichtungen müssen jährlich und unangemeldet kontrolliert werden.

## Sozialwahl

**2017** Für Rente & Gesundheit

### Hier ist die ACA in der Selbstverwaltung aktiv

Mitglieder aus KAB, Kolping und BVEA wirken als Mandatsträger/-innen der ACA in diesen Sozialversicherungsträgern mit:

- Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV Bund),
- Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung,
- Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK-Gesundheit),
- Barmer,
- Techniker Krankenkasse (TK),

## Termine

### 10. Mai 2017

Seniorentag im Mai, für südliche KV, DV, Pautzfeld.

### 12. Mai 2017

Seniorentag im Mai, für nördliche KV, DV, Maria Himmelfahrt, Neuengrün.

### 16. Mai 2017

Intern. Ausschuss (neue Mitarbeiter willkommen), KAB-Tagungsraum, Bbg.

### 17. Mai 2017

Leitung, KV Bbg.-Stadt, KAB-Tagungsraum, Bbg.

### 17. Mai 2017

Ausschuss, „Madagaskar“, KV Pegnitz, Büchenbach.

### 18. Mai 2017

Stammtisch, KV KC-HO, Nordhalben.

### 19. Mai 2017

„Eigentum verpflichtet“, BW, Bistumshaus St. Otto, Bbg.

### 24. Mai 2017

Stammtisch, OV Kulmbach, Filion Tavern, Kulmbach.

### 1. Juni 2017

Senioreninfotag, DV.

### 7. Juni 2017

Monatstr., KV LI-CO-KU, Cafe Besold, Burgkunstadt.

### 14. Juni 2017

Stammtisch, KV Bbg.-Stadt, Gasthaus Sternla, Bamberg.



- BIG direkt gesund,
- IKK classic,
- Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK),
- Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG),
- Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW),
- BG BAU – Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft,
- Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe (BGN),
- Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten, Gartenbau.

Über 160 Versichertenberater/-innen beraten ehrenamtlich in Rentenangelegenheiten. Für Ihre persönliche Beratung stehen Ihnen auch in Ihrer Nähe Vertreter/-innen und Versichertenberater/-innen der ACA zur Verfügung.

Alle sechs Jahre finden Sozialversicherungswahlen statt. Versicherte und Arbeitgeber wählen jeweils getrennt ihre Vertreterinnen und Vertreter in die Gremien der Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger. Die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane arbeiten ehrenamtlich und damit unentgeltlich.

## Aktuelles aus der ACA Deutschland

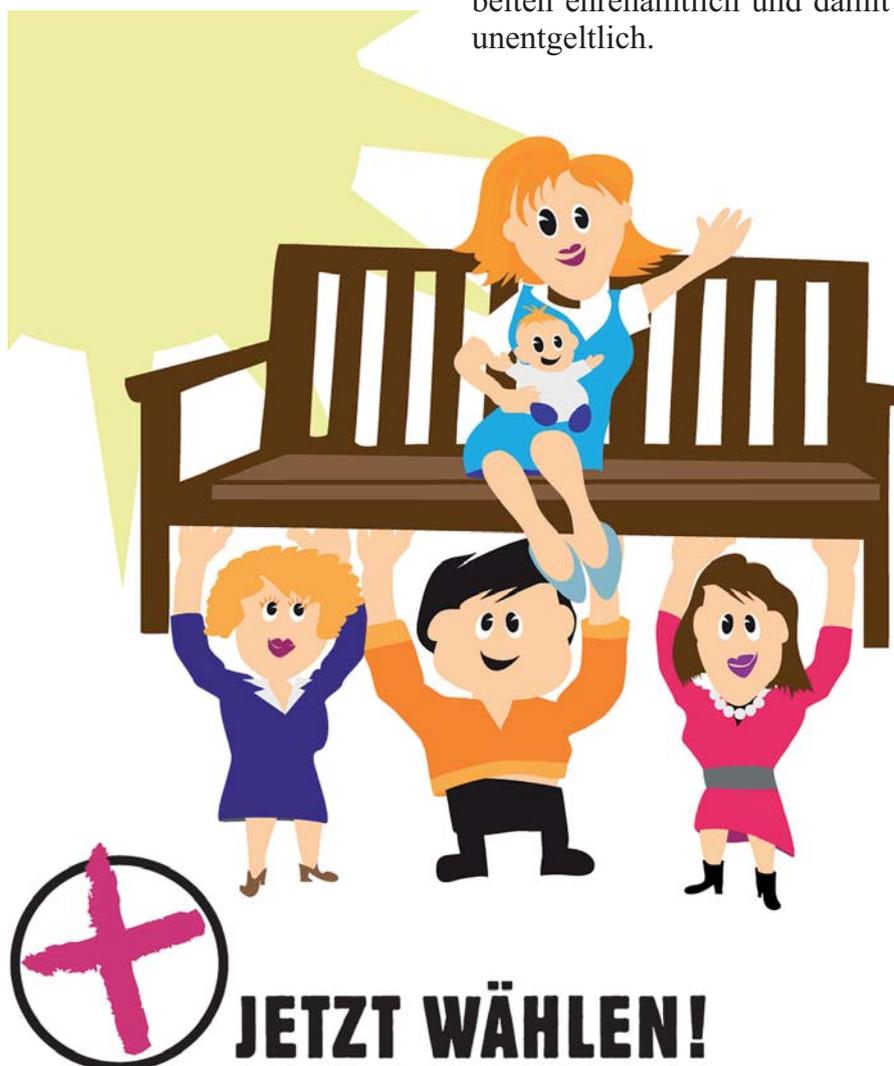
Drei Monate vor den Sozialwahlen hat die Delegiertenversammlung der ACA einen neuen Bundesvorstand gewählt. Dazu hatten die Mitgliedsverbände Vorschläge unterbreitet und bereits im Vorhinein ihre Organisationsvertreter/-innen benannt.

Alle vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten konnten sich über einstimmige Ergebnisse freuen und haben damit Rückenwind für die anstehende Wahlkampfphase.

## Dem neuen ACA-Bundesvorstand gehören an:

- Hannes Kreller (KAB, Bundesvorsitzender),
- Ulrich Vollmer (Kolping, stellvertretender Bundesvorsitzender),
- Eugen Hähnel (BVEA, stellvertretender Bundesvorsitzender),
- Annette Seier (KAB, stellvertretende Bundesvorsitzende),
- Oskar Obarowski (Kolping, Bundesgeschäftsführer),
- Peter Ziegler (KAB, Bundeskassier),
- Norbert Grellmann (Kolping, Bundesschriftführer)
- sowie die Organisationsvertreter Siegfried Aulich (BVEA), Lucia Schneiders-Adams (KAB), Ingrid Schumann (KAB), Reinhold Padlesak (Kolping) und Jutta Schaad (Kolping).

*Bundesverband ACA  
(alle Bildrechte bei der ACA)*



## JETZT WÄHLEN!

## DREIFACH CHRISTLICH. EINFACH MENSCHLICH.

# Altersarmut verhindern – jetzt die Weichen für die Zukunft stellen

## Rentenpolitische Forderungen des Rentenbündnisses katholischer Verbände zur Bundestagswahl

Wer in Deutschland arm ist, hat weniger als 917 Euro im Monat. So hoch ist derzeit die so genannte Armutsgefährdungsschwelle. Unter dieser Schwelle findet man besonders häufig Arbeitslose und Alleinerziehende. Aber auch eine dritte Gruppe ist immer öfter betroffen: Viele Rentner leben in Deutschland an der Armutsgrenze, das zeigen aktuelle Zahlen. Laut Statistischem Bundesamt waren im vergangenen Jahr 14,4 Prozent der über 65-Jährigen arm. Bei den Rentnern sind es sogar 15,6 Prozent.

Ein weiteres Problem bei den armen Alten: Sie werden immer mehr. 2006 waren 10,3 Prozent der Rentner von Armut betroffen, heute sind es schon 15,6 Prozent. Das ist eine Steigerung von 51 Prozent. Besonders betroffen von Altersarmut sind Frauen und Witwen. Die Gründe dafür sind: Frauen sind schlechter abgesichert, die Witwenrente ist nicht die volle Rente, die der Ehemann bekommen hätte, und Frauen werden älter als Männer. Aber auch lange Baby- und Erziehungspausen schlagen später auf dem Rentnerkonto zu Buche. Das ist unter anderem ein Grund dafür, dass die Armutsquote bei Rentnerinnen in Westdeutschland höher ist (16,9 Prozent) als bei Rentne-

rinnen in Ostdeutschland (13,4 Prozent), wo Frauen nach der Geburt für gewöhnlich früher wieder ins Arbeitsleben zurückgekehrt sind.

Langzeitarbeitslose sind auch eine Risikogruppe für Altersarmut. Denn grundsätzlich gilt: Wer weniger Jahre arbeitet, zahlt weniger in die Rentenversicherung ein und bekommt am Ende weniger Rente raus.

Aber was ist, wenn man in seinem Leben zwar viele Jahre gearbeitet, dabei aber wenig verdient hat? Bei einer Vollzeitätigkeit wäre ein Lohn von 13 bis 14 Euro in der Stunde notwendig, damit man am Ende des Lebens über den Grundsicherungssatz von aktuell 399 Euro kommt. Aber ein Drittel der Bevölkerung hat das momentan nicht. Da hilft auch der Mindestlohn nicht. So viele Versicherungsjahre kann man gar nicht schaffen, damit man bei 8,50 Euro in der Stunde am Ende nicht in Armut landet.

Die Prognosen für die Zukunft sind schlecht. Das liegt aber nicht nur an den Niedriglöhnen jetzt, sondern auch an der Massenarbeitslosigkeit in den 90er Jahren und um die Jahrtausendwende. Die Menschen, die damals keine Arbeit hatten, kommen bald in das Rentenalter. Generell werden Gruppen, die heute schon ge-

fährdet sind, wohl auch in Zukunft noch von Armut im Alter bedroht sein.

Ein politisches Konzept, um diesen Trend zu stoppen, gibt es bislang nicht. Wer später in der Rente nicht arm sein will, sollte deswegen selbst aktiv werden und so viele Versicherungsjahre wie möglich sammeln.

### Forderungen vom Rentenbündnis

Mit klaren Forderungen für eine solidarische und gerechte Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente bringt sich das Rentenbündnis katholischer Verbände in den Bundestagswahlkampf ein. Das Bündnis stellte in Berlin sein Rentenprogramm mit sechs Forderungen vor, in deren Mittelpunkt die Existenzsicherung im Alter durch eine Sockelrente steht. Mit diesem Modell bringen die katholischen Verbände folgende Forderungen zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung in die aktuelle politische Diskussion ein:

1. Wir fordern die Existenzsicherung im Alter durch eine Sockelrente: Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger im Alter unabhängig von ihren Erwerbsverläufen innerhalb des Systems der gesetzlichen Ren-



tenversicherung durch eine existenzsichernde Sockelrente abgesichert sind. Dieser Sockel soll durch Beiträge aller Einwohnerinnen und Einwohner auf ihre Einkommen und – wie bisher – einen ergänzenden Bundeszuschuss finanziert werden. Wir wollen durch Sockelrente und das weiterhin gezahlte Wohngeld verhindern, dass immer mehr Menschen im Alter in die Grundsicherung (mit Bedürftigkeitsprüfung) fallen.

2. Wir wollen, dass alle zusätzlich zum Sockel entsprechend ihrer Beiträge durch Erwerbsarbeit, Kindererziehung und Pflege individuelle Rentenanwartschaften bekommen. Diese sollen nicht – wie heute in der Grundsicherung – mit dem Sockel verrechnet werden.
3. Wir fordern eine deutliche Aufwertung der Rentenanwartschaften für die Pflege von Angehörigen. Diese dürfen nicht mit der Inan-

spruchnahme von Pflegesachleistungen verrechnet werden. Die Pflege von Angehörigen muss auch nach Eintritt ins Rentenalter noch zu einer Rentensteigerung führen.

4. Wir fordern die bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rente. In unserem Rentenmodell sind sechs Erziehungsjahre vorgesehen. Für vor 1992 geborene Kinder sollte unabhängig davon die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rente vorab auf drei Jahre erhöht werden. Das muss durch Steuermittel finanziert werden.
5. Wir fordern den Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge. Bei Arbeitgeberwechsel müssen die Ansprüche aus der betrieblichen Altersvorsorge erhalten bleiben. Die zusätzliche private kapitalgedeckte Altersvorsorge muss ebenfalls ausgebaut werden. Dabei muss der Staat dafür sorgen, dass entsprechende

Produkte Transparenz und Sicherheit bieten. Bezieher niedriger Einkommen müssen eine Förderung erhalten, damit sie sich die Beiträge für die ergänzende Vorsorge leisten können.

6. Wir fordern die Erweiterung des Versichertenkreises in der gesetzlichen Rentenversicherung. Alle Erwerbstätigen, die nicht obligatorisch abgesichert sind, müssen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Darüber hinaus ist anzustreben, die gesetzliche Rentenversicherung zu einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung auszubauen.

Dem Bündnis gehören die Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands (KAB), die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), der Familienbund der Katholiken (FDK), das Kolpingwerk Deutschland und die Katholische Landvolkbewegung Deutschlands (KLB) an.

„Viele Menschen sind heute von Altersarmut bedroht: Bezieher von Niedriglöhnen, Erwerbsgeminderte und Langzeitarbeitslose sowie Menschen, die ihre Erwerbsarbeit wegen Pflege und Kindererziehung unterbrochen oder reduziert haben“, so Anna-Maria Mette, stellvertretende kfd-Bundvorsitzende. „Eine weitere Absenkung des Rentenniveaus droht. Wir wollen deshalb, dass alle Bürgerinnen und Bürger im Alter unabhängig von ihren Erwerbsverläufen innerhalb des Systems der gesetzlichen Rentenversiche-

„... durch eine existenzsichernde Sockelrente abgesichert sind.“

Nicole Podlinski, Bundesvorsitzende der KLB, erklärte: „Dennoch soll Leistung belohnt werden. Wir wollen, dass alle zusätzlich zum Sockel entsprechend ihrer Beiträge aus Erwerbsarbeit, Kindererziehung und Pflege individuelle Rentenansprüche erhalten. Diese sollen nicht – wie heute in der Grundsicherung – mit dem Sockel verrechnet werden“.

Dem Familienbund der Katholiken geht es besonders um die Aufwertung der Sorgearbeit, die Menschen in ihren Familien leisten. Stefan Becker, Präsident des FDK: „Wir fordern zudem eine deutliche Aufwertung der Rentenansprüche für die Pflege von Angehörigen. Diese muss auch dann zu einer Rentensteigerung führen, wenn die Pflege nach Eintritt in das Rentenalter geleistet wird.“ Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten muss weiter verbessert

werden. Dazu gehört die Anerkennung in der Rente von drei Jahren Erziehungszeit für alle vor 1992 geborenen Kinder. Dies muss aus Steuermitteln finanziert werden.

„Zusätzlich zur Existenzsicherung durch eine Sockelrente und individuelle Anspruchschaften ist uns der Ausbau der betrieblichen und privaten Altersvorsorge wichtig. Hier bedarf es klarer Verpflichtungen für Arbeitgeber und Unternehmen sowie einer Förderung der privaten Altersvorsorge für Bezieher niedriger Einkommen“, sagt Dr. Victor Feiler, Kolpingwerk Deutschland.

Insgesamt ist das Rentenbündnis überzeugt, dass eine Erweiterung des Versichertenkreises in der gesetzlichen Rentenversicherung erforderlich ist: „Der Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung ist dringend notwendig“, so Andreas Luttmer-Bensmann, KAB-Bundesvorsitzender.

*KAB Deutschland*



### **Ulrich Bernschneider †**

Am 5. März ist nach längerer Krankheit im Alter von 65 Jahren Ulrich Bernschneider verstorben. Über zwei Jahrzehnte hat er den KAB Kreisverband Kronach geleitet und hat als Vorsitzender den KAB Ortsverband Neukenroth geprägt. Im Infoblatt 2/2017 folgt eine ausführliche Würdigung.

Bild: Gerd Fleischmann

## Termine

### **19. Juni 2017**

Teamsitzung,  
KV Forchheim.

### **22. Juni 2017**

Fahrt in den Sommer,  
Senioren KV Bbg.-Stadt.

### **23. bis 24. Juni 2017**

„Neue Methoden –  
Bildung neu denken“, BW,  
Bildungshaus Obertrubach.

### **25. Juni 2017**

„Berühmte Frauen aus und  
in Bamberg“, KV Bbg.-Land,  
Nonnenbrücke Bamberg.

### **28. Juni 2017**

Stammtisch, OV Kulmbach,  
Filion Tavern, Kulmbach.

### **5. Juli 2017**

Monatstr., KV LI-CO-KU,  
Cafe Besold, Burgkunstadt.

### **9. Juli 2017**

Heinrichsfest, Bamberg.

### **12. Juli 2017**

Stammtisch, KV Bbg.-Stadt,  
Gasthaus Sternla, Bamberg.

### **13. Juli 2017**

Leitung, KV LI-CO-KU,  
Schwüritz.

### **24. Juli 2017**

„Sie planen Deine Alters-  
armut“, BW, Bamberg.

### **26. Juli 2017**

Stammtisch, OV Kulmbach,  
Filion Tavern, Kulmbach.



# Pflegestärkungsgesetz II –

## Neuerungen ab 2017

### PSG II – Konkret

Aufgrund der verschiedenen Reformen der vergangenen Jahre haben sich wesentliche Veränderungen in der Pflegeversicherung ergeben. Leider ist dabei die Übersicht verloren gegangen. Viele Leistungen, die den Betroffenen schon seit Jahren zustehen und das Leben erleichtern, wie die Verhinderungs-, Kurzzeit- und Tagespflege werden oft nicht in Anspruch genommen. Es ist vielfach nicht bekannt, was die Kranken- beziehungsweise Pflegekassen für den Pflegebedürftigen selbst oder seine Angehörigen leisten. Jeder Fall, jede Situation erfordert eine ganz individuelle Unterstützung. Da lohnt es sich immer Informationen einzuholen und sich beraten zu lassen.

### Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff

Mit dem 1. Januar 2017 ist das Pflegestärkungsgesetz II – kurz PSG II – in Kraft getreten. Diesem liegt ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff zugrunde. Dabei wird nicht mehr zwischen körperlichen, geistigen und psychischen Einschränkungen unterschieden, sondern nun steht der Mensch ganzheitlich mit all seinen persönlichen Fähigkeiten und Beeinträchtigungen im Mittelpunkt. Die Frage ist also, inwieweit kann sich eine Person noch alleine versorgen und wo braucht es welche Unterstützung.



### Fünf Pflegegrade

Die Umstellung auf fünf Pflegegrade macht ein neues Begutachtungsinstrument nötig, mit dem die so umstrittenen Zeitkorridore entfallen. Jetzt werden die Ressourcen und Fähigkeiten eines Pflegebedürftigen durch ein Punktesystem erfasst, das Bewertungen von 0 bis 100 Punkten zulässt. Je stärker ein Mensch auf Unterstützung durch Dritte angewiesen ist, umso höher die Punktezahl, umso höher der Pflegegrad. Das Verfahren bezieht sich weiterhin auf die Bereiche wie Körperpflege, Ernährung, Mobilität und hauswirtschaftliche Versorgung. Es erfasst aber zusätzlich die Fähigkeiten der Orientierung und Kommunika-

tion, sowie die Problemlagen im alltäglichen Leben und in Bezug auf das soziale Umfeld.

### Ambulant vor stationär

Die Gesetzesänderung 2017 in der Pflegeversicherung verfolgt weiterhin konsequent das Prinzip „ambulant vor stationär“. Die Pflegesachleistungen bei Pflege und Betreuung durch einen ambulanten Pflegedienst oder Tages- und Nachtpflege für die zu Hause versorgten Menschen mit demenziellen oder psychischen Erkrankungen der „Pflegestufe 0“ und die Pflegebedürftigen der „Pflegestufe 1“ wurde besonders deutlich erhöht. In beiden Fällen weist die Pflegekasse 2017 hier automatisch den Pflegegrad 2 zu.

### Pflegesachleistungen der ambulanten Pflege

Folgende Tabelle zeigt auf, welche Unterschiede sich durch die Umstellungen von 2016 auf 2017 bei den Pflegesachleistungen der ambulanten Pflege ergeben.

Pflegestufe-Sachleistung 2016	Pflegegrad-Sachleistung 2017	von 2016 auf 2017
Pflegestufe 0 231,- €	Pflegegrad 2 689,- €	Erhöhung 458,- €
Pflegestufe 1 468,- €	Pflegegrad 2 689,- €	Erhöhung 221,- €
Pflegestufe 2 1.144,- €	Pflegegrad 3 1.298,- €	Erhöhung 154,- €
Pflegestufe 3 1.612,- €	Pflegegrad 4 1.612,- €	gleichbleibend
und auch Härtefall		gleichbleibend

### Pflegegeld bei häuslicher Pflege

Erhöht hat sich das Pflegegeld bei häuslicher Pflege, die durch Angehörige oder Freunde erbracht wird, der ehemaligen Pflegestufen 1 und 2, während sich bei der alten Pflegestufe 3 nichts ändert. Spürbare finanzielle Zugeständnisse gibt es bei Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz (EAK).

Pflegestufe- Geldleistung 2016	Pflegegrad- Geldleistung 2017	von 2016 auf 2017
Pflegestufe 0 123,- €	Pflegegrad 2 316,- €	Erhöhung 193,- €
Pflegestufe 1 244,- €	Pflegegrad 2 316,- €	Erhöhung 72,- €
Pflegestufe 1+EAK 316,- €	Pflegegrad 3 545,- €	Erhöhung 229,- €
Pflegestufe 2 458,- €	Pflegegrad 3 545,- €	Erhöhung 87,- €
Pflegestufe 2+EAK 545,- €	Pflegegrad 4 728,- €	Erhöhung 183,- €
Pflegestufe 3 728,- €	Pflegegrad 4 728,- €	gleichbleibend
Pflegestufe 3+EAK 728,- €	Pflegegrad 5 901,- €	Erhöhung 173,- €
Härtefall 728,- €	Pflegegrad 5 901,- €	Erhöhung 173,- €

### Stationäre Pflege in einem Alten- und Pflegeheim

Schlechter gestellt werden insbesondere Menschen, die künftig auf stationäre Pflege in einem Alten- und Pflegeheim angewiesen sind.

Leistungen stationär 2016	Leistungen stationär 2017	von 2016 auf 2017
Pflegestufe 1 1.064,- €	Pflegegrad 2 770,- €	gekürzt um 294,- €
Pflegestufe 2 1.330,- €	Pflegegrad 3 1.262,- €	gekürzt um 68,- €
Pflegestufe 3 1.612,- €	Pflegegrad 4 1.775,- €	erhöht um 163,- €
Härtefall 1.995,- €	Pflegegrad 5 2.005,- €	erhöht um 10,- €

### Sonderregelung

Nur für die Bewohner stationärer Einrichtungen, die bereits vor dem 1. Januar 2017 im Heim gelebt haben, gilt eine Sonderregelung. Danach darf durch die Umstellung von Pflegestufe auf Pflegegrad niemand benachteiligt werden. Deshalb wurde ein Bestandschutz festgelegt. Momentan besteht die Regelung, dass Defizite ausgeglichen werden,



ohne dass die Versicherten deshalb einen gesonderten Antrag stellen müssten.

*Luise Müller*

**Rund um die Pflege wird vieles komplizierter,  
lassen Sie sich beraten.**

**Die KAB Bamberg bietet für ihre Mitglieder  
diesen Service kostenlos an!**

## Termine

### 10. August 2017

Fahrt ins Grüne,  
Senioren KV Bbg.-Stadt.

### 23. August 2017

Stammtisch, OV Kulmbach,  
Filion Tavern, Kulmbach.

### 29. August 2017

**DV Seniorenwallfahrt,  
Meiningen.**

### Mittwoch September 2017

Seniorenstudienfahrt,  
KV LI-CO-KU, KC-HO.

### 1. bis 5. September 2017

Mit der Bibel im Rucksack,  
Tour III, DV.

### 4. bis 7. September 2017

Pilgerflug nach Lourdes,  
KV Pegnitz.

### 6. September 2017

Monatstr., KV LI-CO-KU,  
Cafe Besold, Burgkunstadt.

### 11. September 2017

„Sie planen Deine Alters-  
armut“, BW, Kronach.

### 13. September 2017

Stammtisch, KV Bbg.-Stadt,  
Gasthaus Sternla, Bamberg.

### 14. September 2017

„Neues aus Alt-Nürnberg“,  
KV Nürnberg-Fürth,  
Nürnberg.

### 14. bis 17. September 2017

Mit der Bibel im Rucksack,  
Tour I+II, DV.

# Verfassungsgericht stoppt Volksbegehren gegen CETA – Protest geht weiter!



© by\_Thorben Wengert/PIXELIO

Das Volksbegehren „Stop CETA!“ wurde am 15. Februar 2017 vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof (BayVerfGH) für unzulässig erklärt. Damit dürfen die bayerischen Bürgerinnen und Bürger nicht über das Freihandelsabkommen zwischen Europa und Kanada abstimmen. Für die Initiatoren des Volksbegehrens (Bund Naturschutz, Campact, Katholische Arbeitnehmer Bewegung, Mehr Demokratie und Umweltinstitut München) ist diese Entscheidung nicht nachvollziehbar – berief sich das Volksbegehren doch auf einen Artikel in der Bayerischen Verfassung, der 2014 mit der Absicht entwickelt wurde, die Souveränität des Freistaats in Europa

zu stärken. „Die Ablehnung unseres Volksbegehrens durch Innenministerium und Verfassungsgerichtshof bremst die Anwendbarkeit des neuen Verfassungsartikels schon im ersten Versuch massiv aus und marginalisiert damit auch dessen Zweck: Mehr direkte Demokratie und eine stärkere demokratische Legitimation für europäische Entscheidungen,“ sagt Susanne Socher von Mehr Demokratie.

Die Initiatoren gehen fest davon aus, dass das Volksbegehren im Falle einer Zulassung erfolgreich verlaufen wäre. „Wir hätten dieses Volksbegehren gewonnen“, ist sich Karl Bär vom Umweltinstitut München sicher, „denn die Menschen in Bayern wissen, dass CETA ihnen mehr Schaden als Nutzen bringen wird.“ Schon im Vorfeld konnte ein flächendeckendes Netz an lokalen Bündnissen aufgebaut und zahlreiche Unterstützer gewonnen werden. Für den Zulassungsantrag war es gelungen, an nur einem Tag über 50 000 Unterschriften zu sammeln – mehr als doppelt so viele wie nötig. Das erfolgreiche Volksbegehren in Österreich zeigt zudem die Aktualität des Themas und den Wunsch der Bevölkerung, über CETA mitzentscheiden.

„Der Protest gegen CETA wird unabhängig von den heutigen Entscheidungen in Bayern und Straßburg weitergehen. Wir arbeiten weiter auf allen Ebenen, dass CETA von der Staatsregierung im Bundesrat nicht ratifiziert wird, denn für den Umwelt- und Verbraucherschutz wie für die bayerische Landwirtschaft hätte CETA gravierende Nachteile“, sagt Richard Mergner vom Bund Naturschutz in Bayern.

In zwölf von 16 Bundesländern sind mit den Grünen

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung – KAB  
Diözesanverband  
Bamberg e.V.



Geschäftsführer des KAB  
Diözesanverbandes e.V. und verantwortlich für den Inhalt (außer namentlich gekennzeichnete Artikel):  
Ralph Korschinsky

Ludwigstraße 25, 96052 Bamberg  
Telefon 09 51/91 69 10  
Fax 09 51/9 16 91 49  
E-Mail: [info@kab-bamberg.de](mailto:info@kab-bamberg.de)

Das Infoblatt erscheint zweimal jährlich, im Frühjahr und Herbst.

Bei nicht gekennzeichneten Bildern liegen die Veröffentlichungsrechte bei der KAB Bamberg.

Gedruckt auf 100 Prozent Altpapier Inapa Oxygen silk.

**ClimatePartner**<sup>o</sup>  
klimaneutral

Druck | ID: 11292-1311-1001

oder der Linken Parteien an der Regierung beteiligt, die CETA kritisch gegenüberstehen. In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sind Volksinitiativen angelaufen, die diese Mehrheit gegen CETA absichern sollen. „Wir stehen in Bayern mit dem Widerstand gegen dieses unfaire Handelsabkommen längst nicht allein auf weiter Flur,“ betont Maritta Strasser von Campact, „das beweist das erfolgreiche Volksbegehren in Österreich ebenso wie die zahlreichen anderen europäischen Initiativen gegen CETA.“ In den Niederlanden wird derzeit ein Referendum vorbereitet, Belgien will CETA nur unter Auflagen zustimmen, die bisher nicht erfüllt sind und auch in Irland wäre eine Volksabstimmung möglich. Insgesamt müssen 28 nationale Parlamente und 14 Regionalparlamente zustimmen – und die stehen dem Freihandelsabkommen längst nicht alle unkritisch gegenüber. „Wir haben weiterhin gute Chancen, CETA über die nationalen Parlamente zu stoppen. Die heutige Ent-

scheidung ist ein Rückschlag, bedeutet aber keinesfalls das Aus für unseren Protest. Wir werden uns auch in Zukunft für faire Handelsabkommen stark machen“, sagt Erna Groll von der Katholischen Arbeitnehmerbewegung.

#### **Juristischer Hintergrund:**

Die Initiatoren beriefen sich auf Artikel 70 Abs. 4 Satz 2 der Bayerischen Verfassung, der 2014 per obligatorischem Volksentscheid in die Verfassung aufgenommen worden ist. Demnach kann die Staatsregierung in ihren verfassungsmäßigen Aufgaben durch Volksentscheid und Gesetz gebunden werden, wenn das Recht der Gesetzgebung durch die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union betroffen ist. Der BayVerfGH folgte in seinem Urteil der Argumentation des Innenministeriums und sah die Voraussetzungen als nicht gegeben an, weil durch CETA keine direkten Hoheitsrechte an die Europäische Union übertragen würden.

*Volksbegehren gegen CETA*



Die KAB Seniorenwallfahrt Diözesanverband Bamberg findet am **Dienstag, 29. August 2017**, statt.

Ziel ist in diesem Jahr die **Evangelische Stadtkirche** „Unserer lieben Frauen“ in **Meiningen**.

Nähere Einzelheiten folgen noch.

Bild: Von Kramer96 - Eigenes Werk, CC BY 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=44479170>

## Termine

### **16. September 2017**

Seminar „Basisdemokratie praktisch“, BW, Bistumshaus St. Otto, Bbg.

### **18. September 2017**

„Sie planen Deine Altersarmut“, BW, Bamberg.

### **20. September 2017**

Leitung, KV Bamberg-Stadt, KAB-Tagungsraum, Bbg.

### **27. September 2017**

Stammtisch, OV Kulmbach, Filion Tavern, Kulmbach.

### **29. September 2017**

Abendgottesdienst, KV Pegnitz, Weißenbrunn.

### **Samstag Oktober 2017**

Altkleidersammlung, KV KC-HO.

### **2. Oktober 2017**

Teamsitzung, KV Forchheim.

### **4. Oktober 2017**

Monatstr., KV LI-CO-KU, Cafe Besold, Burgkunstadt.

### **7. Oktober 2017**

Arbeitnehmerwallfahrt, Vierzehnheiligen.

### **11. Oktober 2017**

Stammtisch, KV Bbg.-Stadt, Gasthaus Sternla, Bamberg.

### **11. Oktober 2017**

Leitung und Beratertag, KV Pegnitz.



## Angebote des KAB Bildungswerkes im Bereich der Verbraucherbildung

### Termine 2017:

- 30. März 2017, 18:30 Uhr  
Bistumshaus St. Otto,  
Heinrichsdamm 32,  
96047 Bamberg

### Welche Versicherungen brauche ich – welche nicht?

Wie sieht ein zeitgemäßer Versicherungsschutz aus und welche Absicherungen sind wirklich wichtig, empfehlenswert oder eher überflüssig?

An diesem Abend sollen sich die Teilnehmer unter anderem ansehen, wie sich der Bedarf je nach Lebenssituation und Alter im Laufe des Lebens verändert.

Es geht sowohl um Sach-, als auch um Kranken- und Lebensversicherungen. Mit aktuellen und passenden Tarifen lässt sich Geld sparen.

- 27. April 2017, 18:30 Uhr  
Holly's Kettelerhaus,  
Schwedenstraße 37,  
96317 Kronach

### Kredite – worauf ist dabei zu achten?

Soll es um die Anschaffung eines Autos oder ein Hauses gehen? Unterschiedliche Ziele ergeben unterschiedliche Kredite mit verschiedenen Bedingungen und diversen Anforderungen der Banken.

Wann ist es überhaupt sinnvoll einen Kredit aufzunehmen, wann sollte ich lieber (noch) sparen und wie beuge ich einer Überschuldung vor?

- 9. Mai 2017, 14:30 Uhr  
Pfarrzentrum St. Martin,  
Grolandstraße 69,  
90408 Nürnberg

### Was sind Ihre Rechte und Pflichten?

#### Als Käufer sind Sie König!

Mit der Referentin Marita M. Müller ist es gelungen eine kompetente Rechtsanwältin zu finden.

- 17. Mai 2017, 18:00 Uhr  
Bistumshaus St. Otto,  
Heinrichsdamm 32,  
96047 Bamberg

### Was sind Ihre Rechte und Pflichten?

#### Als Käufer sind Sie König!

Mit der Referentin Marita M. Müller ist es gelungen eine kompetente Rechtsanwältin zu finden.

- 18. Mai 2017, 18:00 Uhr  
Eugen-Pacelli-Haus,  
Sieboldstraße 3,  
91052 Erlangen

### Was sind Ihre Rechte und Pflichten?

#### Als Käufer sind Sie König!

Mit der Referentin Marita M. Müller ist es gelungen eine kompetente Rechtsanwältin zu finden.

- 1. Juni 2017, 15:00 Uhr  
Café Asyl –  
Bürgertreff „Die Villa“,  
Äußere Brucker Straße 49,  
91052 Erlangen

### Wissenswertes rund um's Geld!

Einführung in das deutsche Banken- und Geldsystem.

Welche Konten brauche ich? – Was kann ich damit machen? Wie kann ich Geld sparen? – Was ist ein Haushaltsplan? Diese und andere Fragen „rund um's Geld“ werden beantwortet.

- 22. Juni 2017, 15:00 Uhr  
Café Asyl –  
Bürgertreff „Die Villa“,  
Äußere Brucker Straße 49,  
91052 Erlangen

### Wie bezahlt man in Deutschland?

Umgang mit Geldkarte, Kontokarte, Kreditkarte.

Worauf muss man bei einer Onlinezahlung achten? Und wann ist es besser mit Bargeld zu bezahlen? Eine kurze und leicht verständliche Einführung in den Zahlungsverkehr.

Diese und andere Fragen zu den Zahlungsmöglichkeiten werden beantwortet.

Sind Sie als Kreis- oder Ortsverband an einem der genannten Themen interessiert? Dann melden Sie sich bei unserem Bildungswerk für eine Terminvereinbarung:

KAB-Bildungswerk Bamberg e.V., Ludwigstraße 25,  
Eingang C, 96052 Bamberg, Telefon 0951/91691-0,  
E-Mail: kab-bildungswerk@kab-bamberg.de

# FIVOY heißt Ruderstange

Unsere Projektpartnerinnen in Madagaskar seit 2002

Der Internationale Ausschuss des KAB-Diözesanverbandes Bamberg, insbesondere das Madagaskarteam dankt wieder ganz herzlich allen Engagierten und Förderinnen und Förderer der Fivoy-Projekte in Madagaskar im Jahr 2016.

Wir danken auch den unermüdlich tätigen Frauen mit ihren Familien in Madagaskar (neun Ortsgruppen arbeiten derzeit unter der Leitung von Fivoy).

Vor allem danken wir den KAB-Ortsgruppen, den KAB-Kreisverbänden, dem Missionsausschuss Neustadt/Aisch, den drei Schulen und den Einzelspendern, die kontinuierlich seit vielen Jahren die Projekte fördern und „mittragen“.

Im vergangenen Jahr 2016 konnten wir etwa 30 000 Euro

an Spenden einnehmen und diese an Fivoy in Fianarantsoa überweisen.

Wir konnten Zuwendungen geben

- für das Personal (die Projektleitung) Suzanne, Veronique und Jerome,
- für die Fivoy-Geschäftsstelle in Fianarantsoa, für das Dienstauto,
- für Schulspeisungsprojekte in Betapoaka und Tsara,
- für die Aus- und Weiterbildung der Fivoy-Frauen,
- für die Ausbildung von jungen Frauen und jungen Müttern,
- für das neu begonnene Unterernährungsprojekt (die Projekte in den verschiedenen Orten, werden von Fivoy-Frauen geleitet und durchgeführt),



- für die Ausbildung und Erlernung des Flechthandwerks,
- für die beiden Häuser der Landfrauen, in denen Schulungsräume vorhanden sind und das Erdgeschoß der Reisspeicherung dient.

Von den Aktivitäten und Bildungsmaßnahmen unserer Projektpartner in Madagaskar berichten wir seit kurzem in unserem Madagaskar-Newsletter. (Interessenten können gerne ihre Mail-Adresse für diese Berichterstattung dem KAB-Büro in Bamberg melden an Heike Morbach).

Ebenso berichten wir im KAB-Infoblatt, das der Diözesverband zweimal im Jahr an alle Mitglieder herausgibt.

Die Mitglieder des Internationalen Ausschusses, besonders die Mitglieder des Madagaskarteams, sind auch gerne bereit vor Ort zu informieren. Sie kommen auf Wunsch in die KAB-Kreis- und Ortsverbände.

Wir bitten alle Förderer und Förderinnen und alle Mitstreiter uns weiterhin tatkräftig mit Gebet, Engagement und Spenden zu unterstützen, damit wir unser Versprechen gegenüber unseren Vertragspartnerinnen in Madagaskar einhalten können.

*Internationaler Ausschuss  
Ingrid Mittelmeyer*



Foto: Privat



## Termine

**12. Oktober 2017**

Herbstfahrt,  
Senioren KV Bbg.-Stadt.

**17. Oktober 2017**

Infoabend, KV Bbg.-Stadt,  
Maria Hilf, Bamberg.

**18. Oktober 2017**

„Hilfe ich werde Alt!“,  
Seniorentag im Oktober, DV,  
Pfarrheim Strullendorf.

**21. Oktober 2017**

Fraueninfahrt nach  
Weimar, KV Pegnitz.

**25. Oktober 2017**

Stammtisch, OV Kulmbach,  
Filion Tavern, Kulmbach.

**26. Okt. oder 7. Nov. 2017**

Infoabend „Zukunft der  
Arbeit“, KV Forchheim.

**27. bis 28. Oktober 2017**

Frauenwochenende, DV,  
Bildungshaus Obertrubach.

**28. Oktober 2017**

Männerinfahrt,  
KV Pegnitz.

**4. November 2017**

Kreisverbandstag,  
KV Bamberg-Land.

**8. November 2017**

Monatstr., KV LI-CO-KU,  
Café Besold, Burgkunstadt.

**8. November 2017**

Stammtisch, KV Bbg.-Stadt,  
Gasthaus Sternla, Bamberg.

## Die KAB trauert um Paul Wünsche

Nachruf für den KAB-Diözesanverband Bamberg  
und den KAB-Landesverband Bayern

Der Diözesanverband Bamberg der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung und der KAB-Landesverband Bayern trauern um ihren langjährigen treuen Weggefährten, Kollegen und Freund Paul Wünsche.



**Paul Wünsche.**

Foto: privat

Mit großem Einsatz hat er für die Auf-

gaben und Ziele der KAB in der Erzdiözese Bamberg und weit darüber hinaus erfolgreich gearbeitet und sich große Anerkennung und Achtung erworben.

Paul Wünsche kann auf ein hochinteressantes Leben verweisen. 1922 wurde er in Schlesien geboren und ist dort aufgewachsen. Als kleines Kind erlebte er die Inflationszeit, die Weltwirtschaftskrise, die Zeit der größten Arbeitslosigkeit in Deutschland und als Jugendlicher das sogenannte „Dritte Reich“.

Von 1941 bis 1945 war er Soldat im Zweiten Weltkrieg und 1947 kehrte er aus russischer Gefangenschaft zurück, aber nicht mehr in seine schlesische Heimat, sondern nach Bamberg. Viele Städte waren bei Kriegsende in Schutt und Asche. Deutschland lag am Boden.

Paul Wünsche war einer der vielen jungen Leute, die Hand anlegten, um mit ihren bescheidenen Möglichkeiten, einen neuen demokratischen Staat aufzubauen.

In Bamberg stieß er auf die Christliche Arbeiterjugend. Er lernte viele junge Leute kennen und mit vielen war er fast sein ganzes Leben eng verbunden, wie mit Norbert Przibyllok, den späteren Betriebsseelsorger und Domkapitular und mit

Alfred Gassmann, dem späteren KAB-Diözesanvorsitzenden, mit denen er für die Menschen in der Erzdiözese Bamberg und unserer bayerischen Heimat viel bewegte.

Bei der CAJ lernte Paul Wünsche auch seine Frau Lotte kennen, die ihn über Jahrzehnte treu und verständnisvoll zur Seite stand.

Paul Wünsche war Diözesansekretär der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ). Er besuchte das Katholische Sozialinstitut und war von 1954 bis 1987 Leiter des Katholischen Volksbüros und Diözesansekretär der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung in Bamberg.

In den 50er, 60er und 70er Jahren war eine große Aufbruchstimmung. Es ging darum, eine menschenwürdige Zukunft für die Arbeitnehmer zu schaffen. Dazu gehörten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Lebensverhältnisse, vor allem auch im Wohnungsbau.

Von der KAB gingen viele Impulse und Denkanstöße zur

Verbesserung des Netzes der „Sozialen Sicherheit“ aus.

In seiner 22-jährigen Landtagstätigkeit (1968 bis 1990) konnte Paul Wünsche in den Bayerischen Landtag viele KAB-Anliegen und Ideen einbringen und tatkräftig unterstützen. Auf sehr vieles könnte verwiesen werden. Der Schutz des Sonntags und der Feiertage waren dem Verstorbenen ein großes Anliegen. Die heutige Feiertagsregelung in Bayern ist ganz eng mit den Namen Paul Wünsche und Alfred Gassmann und des KAB-Diözesanverbandes Bamberg und des KAB-Landesverbandes Bayern verbunden.

Unter den vielen KAB-Aktionen die mit dem Bundesverband durchgeführt wurden und von Paul Wünsche und dem KAB-Diözesanverband Bamberg große Unterstützung fand, war die Aktion „Rente für Mütter – weil's gerecht ist“. Diese Aktion wurde nach jahrelangen Bemühungen ein Erfolg. Die Anerkennung der Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung wurden ab

1986 eingeführt und die Leistungen seitdem auch verbessert.

Als Bezirksvorsitzender der Christlich-Sozialen Arbeitnehmer-Union (CSA) und stellvertretender Landesvorsitzender war Paul Wünsche das soziale Gewissen der CSU für Oberfranken und Bayern.

Er hat sich für Kirche, Staat und Gesellschaft große Verdienste erworben.

Ich habe die ehrenvolle Aufgabe für den KAB-Diözesanverband Bamberg und den KAB-Landesverband Bayern sowie für den CSA-Bezirksverband Oberfranken und des CSA-Landesverband Bayern zu danken, Vergelt's Gott zu sagen für seine große Lebensleistung, für seinen beispielhaften Einsatz für die Menschen unserer Heimat.

Danke für die Kameradschaft und Freundschaft.

Der Herrgott über Leben und Tod möge ihm den ewigen Frieden schenken.

*Heinz Hausmann  
(bei der Beerdigung in  
Bamberg gesprochen)*

*Ergänzung zum Artikel „Lotsen durch Rentenschungel“,  
Infoblatt 2/2016, Seite 13:*

Weiterhin wurden geehrt als „Mann der ersten Stunde“ **Kurt Zebisch** (Stadtkreis Erlangen) für vier Jahrzehnte Ehrenamt. Seit 1976 gibt es die ehrenamtlichen Versichertenberater, früher Versichertenälteste genannt. Sie sind die „Helfer in der Nachbarschaft“ bei Fragen rund um das Thema Rente, auch außerhalb von üblichen Geschäftszeiten. Mehr als 100 Frauen und Männer sind für die DRV Nordbayern als Versichertenberater beziehungsweise Beraterin in ganz Franken im Einsatz.

## Termine

### 10. November 2017

Ausschuss, KV LI-CO-KU, Mainroth.

### 12. November 2017

KAB-Themengottesdienst, KV Nürnberg-Fürth, Herz Jesu, Nürnberg.

### 15. November 2017

Leitung, KV Bbg.-Stadt, KAB-Tagungsraum, Bbg.

### 16. November 2017

„Kreistänze“, KV KC-HO.

### 17. bis 19. November 2017

Frauen(Tanz)wochenende, BW, KLVHS Feuerstein.

### 18. November 2017

Gemeinsamer Workshop (Mitarbeiter Büro, DV-Leitung, KV-Vorstände), DV, BW.

### 22. November 2017

Sozialpolitischer Buß- und Betttag, KV Nürnberg-Fürth, St. Peter, Nürnberg.

### 29. November 2017

Stammtisch, OV Kulmbach, Filion Tavern, Kulmbach.

### 4. Dezember 2017

Adventsfeier, KV Nürnberg-Fürth, Fenster zur Stadt, Nürnberg.

### 6. Dezember 2017

Monatstr., KV LI-CO-KU, Cafe Besold, Burgkunstadt.



**Sozialwahl**  
**2017**  
Für Rente & Gesundheit

**10.4. bis 31.5.2017**

# Gut, wenn sich drei für Sie stark machen.

Die KAB, das Kolpingwerk und der BVEA verschaffen der christlichen Sozialethik in Politik und Gesellschaft Gehör und Geltung. Wir verdreifachen Ihre Stimme für mehr Solidarität und Gerechtigkeit in den gesetzlichen Sozialversicherungen.  
[www.ata-online.de](http://www.ata-online.de)



Idee und Gestaltung: steinrücke+ich, Köln



**JETZT WÄHLEN!**

**DREIFACH CHRISTLICH. EINFACH MENSCHLICH.**

Vereint in der **ACA** – Arbeitsgemeinschaft  
Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen:



KOLPINGWERK DEUTSCHLAND



BEWEGUNG



Bundesverband Evangelischer  
Arbeitnehmerorganisationen